

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 4

Vereinsnachrichten: Aus der Partei

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus der Partei :

Unter dem Präsidium von Dr. Hans Oprecht, Zürich, fand am 10./11. März 1951 in *Olten* ein außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz statt. Anwesend waren 580 stimmberechtigte Teilnehmer (490 Sektionsdelegierte, 69 Mitglieder des Parteivorstandes, 21 Angehörige der Fraktion der Bundesversammlung und zahlreiche Gäste. Nach Anhörung von Referaten der Genossen Ständerat Klöti, Nationalrat Walter Bringolf, Nationalrat Perret, Sekretär Humbert-Droz und Prof. Max Weber sowie nach der Durchführung einer ausgiebigen Diskussion faßte der Parteitag folgende Entschlüsse:

Die SPS für eine aktive Friedenspolitik

1. *Die SPS bekennt sich zu einer Friedenspolitik, welche ihrer Tradition des Kampfes für Frieden, für Freiheit und für soziale Gerechtigkeit entspricht. Sie fordert Volk und Behörden auf, aktiv in diesem Geist tätig zu sein.*

2. *Die Schweiz hat ein vitales Interesse daran, daß in der Welt Frieden und Freiheit herrsche. Sie unterstützt alle Bestrebungen, die einen umfassenden und dauernden Frieden auf der Grundlage der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit der Nationen und der einzelnen Menschen aufbauen wollen.*

3. *Die Aktion der sogenannten Friedenspartisanen, die im Dienste der Kommunisten stehen, wird von der SPS entschieden abgelehnt. Die Friedensbeteuerungen der USSR und ihrer Satelliten können nicht ernst genommen werden, solange sie keinen ernsthaften Beweis ihres Friedenswillens durch Annahme des Vorschlages auf international kontrollierte Abrüstung geleistet haben.*

4. *Der Kampf gegen die Internationale der Rüstungsindustrie, als Quelle der Kriegsgefahr, wird von der SPS weitergeführt.*

5. *Gemeinsam mit andern für die Erhaltung des Friedens wirkenden Regierungen sollte der Bundesrat für eine Verständigung und für friedliche Zusammenarbeit der Nationen eintreten.*

6. *Der Parteitag begrüßt den Friedensaufruf der skandinavischen Arbeiterorganisationen und das britische Weltprogramm für gegenseitige Hilfe, als den Beginn einer internationalen sozialistischen Aktion für den Frieden.*

7. *Die SPS wird die Initiative ergreifen, damit die nächste Konferenz der Sozialistischen Internationale eine Aktion der Sozialisten aller Länder für die Sicherung des Friedens vorbereite.*

(Mit allen gegen eine Stimme angenommen.)

Die Resolution zum Rüstungsprogramm

1. *Der Parteitag bestätigt seine Resolution vom 31. August 1947, in der er die Notwendigkeit einer wehrfähigen Armee zur Erhaltung des Friedens, zur Wahrung der Neutralität und zur Verteidigung der staatlichen Unabhängigkeit und der politischen Freiheitsrechte betont.*

2. *Im Hinblick auf die gefährvolle internationale Lage und die Entwicklung der Kriegstechnik tritt er für die außerordentliche Aufrüstung ein, um unserer Armee eine wirksame Landesverteidigung zu ermöglichen.*

Der Parteitag fordert eine scharfe und verstärkte Kontrolle der militärischen Ausgaben zur Verhinderung jeder Geldverschwendung. Aufgabe der sozialdemokratischen

Fraktion der Bundesversammlung bildet es, die außerordentlichen Rüstungskredite im einzelnen zu prüfen, die jährlich im Budget des Bundes enthalten sind, und dabei sich jeder Ausgabe zu widersetzen, die ihr nicht absolut notwendig scheint.

3. Der Parteitag erblickt in der militärischen Aufrüstung nur die eine Seite unserer Landesverteidigung. Von ebenso großer Bedeutung ist auch die wirtschaftliche, soziale und geistige Landesverteidigung. Die finanzielle Deckung kann und soll daher ohne Hinderung einer fortschrittlichen und sozialen Politik erfolgen.

Angesichts der wirtschaftlichen Hochkonjunktur ist die rasche Deckung dieser Ausgaben volkswirtschaftlich möglich und finanzpolitisch geboten. Die Kosten der Aufrüstung dürfen nicht zu einer weiteren Verschuldung des Bundes führen. Die Aufrüstung darf vor allem nicht zu einer allgemeinen Preissteigerung (Inflation) und damit zu einer Senkung der Lebenshaltung führen. Zu diesem Zwecke sind die Rüstungsausgaben innert der nächsten sechs Jahre durch außerordentliche Einnahmen zu decken.

4. In Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur sind die Schulden des Bundes möglichst zu verringern, damit in der Zeit einer Wirtschaftskrise die Finanzierung einer großzügigen Arbeitsbeschaffung möglich ist.

Allfällige Einnahmenüberschüsse der ordentlichen Rechnung sind zur Schuldentilgung zu verwenden. Ihre Inanspruchnahme zur Deckung der außerordentlichen Rüstungsausgaben ist abzulehnen.

5. Die Maßnahmen zur Deckung der außerordentlichen Rüstungsausgaben sollen der Leistungsfähigkeit des einzelnen Steuerzahlers weitgehend Rechnung tragen. Der Besitz, der während zweier Weltkriege und trotz der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre sich mehren konnte, soll einen wesentlichen Beitrag an die Kosten der Verstärkung der Landesverteidigung leisten. Ebenso sind die großen Gewinne, die in der heutigen Zeit internationaler Rüstungskonjunktur gemacht werden, in bedeutendem Maße zur Deckung der Rüstungskosten heranzuziehen.

6. Gestützt auf diese grundsätzlichen Erwägungen fordert der Parteitag:

a) Erhebung eines Friedensopfers auf großen Vermögen, unter Schonung der kleinen Rentner;

b) Belastung der hohen Einkommen sowie der Konjunktur- und Rüstungsgewinne durch eine besondere Steuer oder durch stark progressive Zuschläge zur Wehrsteuer, unter Schonung der kleinen Erwerbseinkommen;

c) Verzicht auf eine Belastung der Kantone, mit Ausnahme des Ertrages des Militärpflichtersatzes.

7. Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratische Fraktion in der Bundesversammlung, zu verlangen: a) die Nationalisierung der Rüstungsindustrie, b) die Ausarbeitung eines Bundesgesetzes für die Dienstverweigerer aus Gewissensgründen.

Diese Entschließung wurde mit 450 gegen 40 Stimmen, die auf den Antrag Dellberg (Ablehnung der außerordentlichen Rüstungskredite) entfallen, angenommen.

Resolution betreffend Verfassungsinitiativen zur Erhebung eines Friedensopfers und zur Verhinderung von Rüstungsgewinnen

Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, zu prüfen, ob eine Verfassungsinitiative zur Erhebung eines Friedensopfers lanciert werden soll.

Ebenso beauftragt der Parteitag die Parteileitung, zu prüfen, wie verfassungsrechtlich übermäßige Rüstungsgewinne verhindert werden können.

(Mit großer Mehrheit gutgeheißen.)

Freigeld-Initiative und Gegenvorschlag

Die Sozialdemokratische Partei hält ein gesundes Geldwesen für unerlässlich für eine gesunde Wirtschaft; sie bekämpft daher Inflation wie Deflation und unterstützt alle Maßnahmen, die geeignet sind, Krisenerscheinungen, die von der Geldseite her entstehen oder gefördert werden können, zu vermeiden.

Die Freigeld-Initiative geht von dem irrtümlichen Glauben aus, daß mit der Geldpolitik allein die ganze Wirtschaft gesteuert und Krisen verhindert werden können. Die von den Freigeldlern beabsichtigte Einführung des Schwundgeldes und fortwährende Manipulation der Währung würde aber im Gegenteil für unsere mit der Weltwirtschaft eng verflochtene Volkswirtschaft schwere Erschütterungen bewirken, mit Geldentwertung und andern verhängnisvollen Folgen. Die Leidtragenden wären vor allem die Lohn-erwerbenden. Die SPS fordert daher die Stimmberechtigten auf, diese Initiative zu verwerfen.

Der Gegenvorschlag der Bundesversammlung bringt gegenüber der allzu starren Goldwährung, die bisher in der Verfassung verankert war, eine bedeutende Verbesserung. Die Nationalbank wird verpflichtet, «eine den Gesamtinteressen des Landes dienende Kredit- und Währungspolitik zu führen». Gestützt auf diese Bestimmung ist eine gesunde, Geldkrisen vermeidende Geldpolitik möglich. Die SPS empfiehlt deshalb den Gegenvorschlag zur Annahme.

(Mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.)

*

Die Maiparole für 1951

Das Sekretariat der SPS ist gegenwärtig mit der Vermittlung der Referenten für die vielen hundert Maikundgebungen beschäftigt. In der ganzen Schweiz werden die Werk-tätigen an ihren Veranstaltungen nicht nur Tagesforderungen, wie den Kampf gegen die Teuerung und die Ausweitung der Rechte der Arbeit, postulieren, sondern auch die ent-scheidende Frage der Verhinderung eines dritten Weltkrieges in den Vordergrund rücken. Demgemäß lautet die Losung auf dem Maibündel für das Jahr 1951:

«Paix – Frieden – Pace»